

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage. Für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst- abholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelleile 35 Pf., bei Platzwerbung 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelleile 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10geleit. Kolonelleile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt. Anzeiger v. a. u. m. die 10geleit. Kolonelleile 40 Pf., bei Platzwerbung 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Wahleitel der SPD

Was der kommende Wahlkampf bringen wird

Propagandamethoden der Kommunisten

Die Kommunistische Partei hat Richtlinien für die Wahlpropaganda verfaßt, die von ungefähr erkennen lassen, in welchen Formen der kommende Wahlkampf ausgetragen werden wird. Selbstverständlich richtet sich die Hauptstosskraft der Kommunisten nicht gegen die gefährlichsten Gegner der Arbeiterklasse, gegen die Rechtsparteien, sondern es gilt, die Sozialdemokratie zu entlarven. Sie ist der Hauptfeind der Kommunistischen Partei.

In den Richtlinien wird festgelegt, daß insbesondere die bevorstehenden Lohnbewegungen für die Propaganda auszuwerten sind. Wörtlich heißt es da:

„Die Organisierung großer Wirtschaftskämpfe ist die wichtigste und entscheidendste Wahlvorbereitung. Die Radikalisierung der Arbeitermassen ist einer der entscheidenden Gründe, die die parlamentarischen Schwierigkeiten der Bürgerblockregierung sowie andererseits diese parlamentarischen Schwierigkeiten und in der Folge die vorzeitige Reichstags- und Landtagsauflösung die Kampfsituation für die Arbeiterschaft günstiger gestalten, indem sie die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien zu Konzessionen zwingen. Wir müssen in der Wahlagitiation diese Wechselwirkung der parlamentarischen und der Wirtschaftskämpfe den Arbeitermassen zeigen und sie dazu erziehen, daß sie bewußt die Wirtschaftskämpfe zu Kämpfen gegen den Bürgerblock steigern.“

Inbesondere wird die preussische Sozialdemokratie im Vordergrund des Kampfes stehen, woraus sich ergibt, daß alle die in der Agitation stehenden Genossen das Wahlmaterial über Preußen besonders eingehend zu studieren haben. Auch da wird die gesamte Agitationskraft auf einen Punkt konzentriert. Das ist die Schlichtungspolitik des preussischen Kabinetts. Der Schlüssel ist die „Zentralfigur“.

Selbstverständlich werden alle Mittel der Propaganda für den Wahlkampf bereitgestellt. Moskau hat Millionen zur Verfügung

überwiesen, um den Stalingetreuen in Deutschland zur Seite zu stehen. Der Vorwärts teilt mit, daß die Kommunisten von den Hugenberghintermännern die verkrachte Devoti erstanden haben.

Damit soll nun eine mit allen Schikanen der Technik getriebene amerikanische Propaganda in die Wege geleitet werden. In Zellenfingungen, die allwöchentlich zu wiederholen sind, und zu denen man wenigstens 80 Prozent Nichtkommunisten heranzuziehen strebt, sollen die Parolen für die jeweilig folgenden Tage geschmiedet werden, und damit die Geschichte nicht allzu langweilig wird, will man die Zellenfingungen durch Klavierspiel, Rezitationen und Darbietungen anderer Art verschönern, um die Statisten bei bester Laune zu erhalten. Selbst wenn das von einigen grundsätzlichen Kommunisten als eine „Abweichung vom Leninismus“ empfunden werde. Als größte Attraktion werden Theaterspiele anempfohlen, die auf den Straßen und Höfen zu veranstalten sind.

„An einem Tage tritt vor etwa 40 Betrieben Berlins je ein republikanischer Esel auf (Leinwandverkleidung wird durch uns geliefert) bzw. ein anderes Tier, das eine Wahlsrede hält, natürlich mit entsprechender Bedeckung.

Ein Trupp von 5 bis 10 Genossen mit Klappstühlen, jeder Vertreter einer politischen Partei, hält stehend eine Wahlagitationsrede, nachher stehend ein Parlamentarier, um den Gegenjag zwischen Verprechungen und ihrer Nichterfüllung zu demonstrieren.“

Daraus ergibt sich von ungefähr, womit die Arbeitermassen zu rechnen haben und daß vor allem die Parteiorganisationen sich jetzt bereits auf diese Propagandamethoden der Kommunisten einzustellen haben. Für Berlin werden kommunistische Wahrsagerinnen angeklündigt. Wir hoffen, daß sie alle die Wahrheiten verbreitet werden, die von der Sozialdemokratie seit Jahren über die Entwicklung in Rußland, vor allem aber über die Wandlungsfähigkeit der Kommunisten in Deutschland verkündet worden sind.

Mussolinis Strafgesetzbuch

Eine neue Waffe zur Anebelung der Arbeiterklasse

Von Leo Rosenthal, Berlin.

Der Faschismus feiert unter Triumphgeheul seiner Soldlinge das neunte Jahr seines Bestehens. Mussolini präsentiert ihm zum Geburtstag eine neue Waffe zum Kampf gegen Volk und Freiheit: einen Entwurf zum Strafgesetzbuch mit Todesstrafe, Dauerzuchthaus, Gefängnis bis zu dreißig Jahren, Konfiskation des Vermögens, Verlust der Staatsangehörigkeit. Das Italien des Kriminalisten Ferri, einst die Geburtsstätte der modernen Strafrechtsschule, lehrt zum Mittelalter zurück. Das Volksbewußtsein, seit langem von der Todesstrafe befreit, erhält neue tödliche Vergiftungsquellen.

Der auf Grund eines königlichen Dekrets im Jahre 1921 von einer speziellen Kommission unter dem Vorsitz des damals sozialistischen Professors, jetzigen Faschisten Ferri ausgearbeitete Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch ist endgültig zum alten Eisen geworfen. Die im harten Streite der Meinungen errungenen Erkenntnisse der soziologischen Strafrechtsschule, deren Vorkämpfer in Deutschland der allzu früh verstorbene Professor Ullst war, erhielten dort zum erstenmal ihren konsequenten Ausdruck.

An Stelle der Strafe trat die Sanktion, das heißt die Maßnahme. Nicht die moralische Schuld des Individuums, sondern dessen soziale Verantwortungslosigkeit der Gemeinschaft gegenüber sollte getroffen werden. Pflicht der letzteren, so wurde proklamiert, sei einzig Schutz der Gesellschaft durch Besserung und Erziehung, wo dies möglich; durch Isolierung, wo jene unmöglich. Nicht die Tat als Gegenstand der Sanktion, sondern allein der Täter je nach dem Grade seiner Gefährlichkeit. So hieß es in dem königlichen Dekret:

„Es handelt sich darum, den Angelpunkt des Strafgesetzes vom Verbrechen auf den Verbrecher zu übertragen. Die von uns vorgeschlagene Reform, die Sicherung vor Verbrechen gegen den einzelnen, mit den Sicherungen vor Verbrechen gegen die Gesellschaft in Einklang zu bringen.“

An Stelle des Täters, als Objekt der Strafe, tritt erneut die Tat, ihre Schwere, der Schaden, den sie angerichtet. Neben die scharf begrenzte Strafe tritt die Sicherungsmassnahme auf unbegrenzte Zeit; nicht allein für gemeine Verbrechen, sondern auch für politische, für sie erst recht — wegen ihrer besonderen sozialen Gefährlichkeit; diese liegt vor, sobald die Gefahr der Wiederholung gegeben ist; bei Ueberzeugungsvorbrechern besteht sie immer. Dies ist der springende Punkt des ganzen Entwurfes. Der Grundsatz der Menschlichkeit, gegenüber den unglücklichen Opfern sozialer Verhältnisse, dem gemeinen Verbrecher, weicht hier dem politischen Interesse, ohne Rücksicht auf die Person des Täters, ihn einzig je nach der Gefährlichkeit seiner Tat für den faschistischen Staat zu beurteilen. Dieser politische Gesichtspunkt zieht sich als roter Faden durch den ganzen Entwurf.

Weil Mussolini für sein Leben fürchtet — nicht mit Unrecht, für Despoten fand sich noch immer ein rächender Arm — muß auch das Leben des Königs, der Mitglieder des königlichen Hauses wie der Vertreter des Auslandes, durch die Todesstrafe geschützt werden. Und so konnte man auch den gemeinen Mord nicht anders als durch Todesstrafe sühnen — sie wird in mannigfaltigen Fällen der Tötung vorgezogen, mitunter selbst nach freiem Ermessen des Richters — bei besonderer Verwerflichkeit der Motive. Allein in 19 Paragraphen findet die Todesstrafe bei politischen Verbrechen Anwendung — im Kriege wie im Frieden, und kann auch öffentlich vollzogen werden. Begeht jemand zwei Verbrechen, auf die jedes einzeln genommen Dauerzuchthaus steht, so tritt hierfür die Todesstrafe ein. Hier wird die Absicht, die Feinde des Faschismus zu treffen, besonders offenkundig. Der Entwurf ist in der Aufstellung strafbarer Tatbestände ganz besonders erfindereich.

Leidet jemand einen bewaffneten Aufruhr ein, so verfällt er dem Tode. Begeht jemand eine Tat, die auf Entfesselung des Bürgerkrieges gerichtet ist, und tritt dieser tatsächlich ein, so ist er des Todes. Richtet jemand ein Blutbad an, so wird er mit dem Tode bestraft; ein Blutbad liegt aber vor, wenn in der Absicht, mehrere Personen zu töten, der Tod wenigstens zweier Personen durch Handlungen, welche die öffentliche Unversehrtheit in Gefahr zu bringen, geeignet sind, verursacht wird. Ja, schon der bloße Anschlag auf die Freiheit und Unversehrtheit des Hauptes der Republik bringt die Todesstrafe. Und wer zu einem gegen das Wesen des Staates gerichteten Verbrechen auffordert oder es verteidigt, dem droht Gefängnis von 3 bis 12 Jahren. Geschieht dies durch die Presse, so wird die Strafe erhöht. Strafverhängungen für ähnliche Pressebelästigungen bestehen auch in anderen Fällen.

Selbstverständlich steht der Tod auf die verschiedenen Arten des Landesverrats.

Und wo nicht der Tod lauert, da ist's Dauerzuchthaus oder Gefängnis bis zu dreißig Jahren.

Wer Vereinigungen vorbereitet, gründet oder ausstiftet, die bestimmt sind, mit Gewalt die Diktatur einer sozialen Klasse über andere zu begründen oder mit Gewalt eine soziale

* Die deutsche Uebersetzung des Entwurfes erscheint in den nächsten Tagen im Verlag des Gruniger u. Co., Berlin.

Unterredung mit den Koftower Gefangenen

Bericht des Legationssekretärs Dr. Schliep

Moskau, 3. April. (Priv.-Tel.)

Der vom deutschen Botschafter nach Kostow am Don entsandte Legationssekretär Dr. Schliep hat folgenden Bericht telegraphiert: Ich hatte am 3. April im Gefängnis der GPU, in dem Maier, Otto und Badstieber untergebracht sind, im Gegenwart dreier Beamter der GPU eine Unterredung mit den Verhafteten, die auf zehn Minuten beschränkt war.

Die Verhafteten, die einzeln vorgeführt wurden, erklärten, daß sie seit dem 15. März in Einzelzellen untergebracht seien und daß seitdem die Unterbringung keinen Anlaß zu Beschwerden gebe; Sauberkeit, Waschgelegenheit, Toilettenverhältnisse und Essen seien zufriedenstellend. Maier klagte über seine Unterbringung vor dem 15. März. Bis dahin sei er in einem engen Raum mit 15 Mann zusammengewesen. Auch Badstieber bezeugte seine Unterbringung bis zum 15. März als sehr beengt; doch seien, nachdem eine Kommission erschienen war, Erleichterungen, insbesondere die Unterbringung in Einzelzellen, angeordnet worden. Otto erklärte dagegen, er sei auch anfangs, als er mit Russen zusammen untergebracht war, bevorzugt behandelt worden. Der Gesundheitszustand von Otto und Badstieber ist gut. Maier erklärte, am Sonnabend nach seiner Vernehmung einen Nervenschock erlitten zu haben, so daß sein linker Arm bewegungslos sei; er fühle sich matt und kege den ganzen Tag. Maier, der 52 Jahre alt ist, erklärte, daß er früher niemals krank gewesen sei. Botschaftssekretär Dr. Schliep beantragte beim Untersuchungsrichter die sofortige ärztliche Untersuchung Maiers und seine Ueberführung ins Krankenhaus, und es wurde Dr. Schliep zugesagt, daß Maier noch heute zu diesem Zweck ärztlich untersucht werden solle.

Maier steht in Briefwechsel mit seiner Frau, die sich in Ruzschentowo befindet, und hat auch von ihr einen Brief erhalten. Er bittet die deutsche Botschaft, sich seiner Frau anzunehmen. Badstieber und Otto haben von der Genehmigung des Briefwechsels mit ihren Angehörigen bisher keinen Gebrauch gemacht. Otto bittet, seinen Angehörigen mitzuteilen, daß er gesund ist. Badstieber bittet, mitzuteilen, daß er vorläufig gut aufgehoben sei. Maier erhielt eine Geldunterstützung seitens der Botschaft, während Badstieber und Otto mit Geld genügend versehen sind. Diese beiden haben um Unterhaltungslektüre. Sämtliche Verhafteten beantragen die Bestellung eines Verteidigers. Die Beamten der GPU erklärten auf eine Frage Dr. Schlieps, daß eine Entscheidung über den Termin und den Ort der Gerichtsverhandlung noch nicht getroffen sei.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der aus Kostow zurückgekehrte Staatsanwalt Krylenko dem Politischen Bureau

über seine Untersuchung der Dones-Angelegenheit Bericht erstattet. Danach soll Krylenko erklärt haben, daß alle Beschuldigungen gegen die Verhafteten aufrechterhalten werden und daß der Prozeß in Moskau geführt werden solle.

Wieder zwei Todesurteile

Moskau, 3. April. (Tel.-Ag. d. Sowjetunion.)

In einem Prozeß gegen sechs Gegenrevolutionäre, ehemalige Sozialrevolutionäre, stellte das Gericht von Kungur (Ural) fest, daß die Angeklagten 40 Sowjet-Punktionäre an Koltshak, als dieser sich im Ural befand, ausgeliefert hatten, und verurteilte Ryzew und Tschastichin zum Tode und die übrigen zu verschiedenen Freiheitsstrafen.

Neumann der Bestechung überführt

Die Berliner Blätter melden: Im Laufe des gestrigen Tages hat das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren in der Bestechungsaffäre bei der Reichsbahn infolged eine wesentliche weitere Ausdehnung angenommen, als auf Grund der bloßeren Feststellungen Reichsbahndirektor Wilhelm Neumann der passiven Bestechung überführt werden konnte.

Gegen Neumann ist das förmliche Dienstverfahren eingeleitet und die vorläufige Amtsenthebung verfügt worden.

Die Justizpressestelle Mosbit teilt mit: Das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren ist auf den Geschäftsbereich des Direktors bei der Reichsbahn, Wilhelm Neumann, ausgedehnt worden. Die Ermittlungen werden voraussichtlich geraume Zeit in Anspruch nehmen, da das Material sehr umfangreich ist. Unter Benützung sämtlichen bei der Staatsanwaltschaft und der Hauptverwaltung der Reichsbahn eingehenden Untersuchungsmaterials wird die Angelegenheit in strafrechtlicher Hinsicht von der Staatsanwaltschaft in wirtschaftlicher Beziehung durch die von der Hauptverwaltung der Reichsbahn eingeleiteten Untersuchungskommission geprüft.

Der Aufmarsch zum Wahlkampf

Am 3. April tagte in Berlin der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, wobei die Reichswahlliste zusammengestellt wurde. Die Veröffentlichung soll erst nach Ostern erfolgen. An der Spitze steht, wie berichtet wird, der Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Die Nationalsozialisten (Hitlerianer) sind besonders rege tätig. Sie können sich das leisten, da sie durch ausländische Quellen finanziert werden. Für den Reichstagswahlkreis Weferems und den Wahlkreis Osna-brück (preussischer Landtag) wurde der bekannte Pfarzer Wüschmeyer-Borkum aufgestellt, der seinerzeit recht zweifelhafte „Seelforgerdienste“ am Krankenbette einer jungen Frau ausgeübt hatte.